

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 25.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 8176.

Hannover
Sonnabend, 15. Dezember 1900.

Geschäftsrate pro 3 gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zustellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Beinh. 31. Verlag: Nikolaisstr. 46.

9. Jahrg.

Kurze oder lange Lohnzahlungsfristen?

Von Brutus.

Nach dem Vorbilde des berühmten Dr. Eisenbarth seligen Andenkens stehen von Zeit zu Zeit sozialpolitische Wunderdoktoren auf, die unter dem Vorgeben, die sozialen Gebrechen heilen zu wollen, allerlei Stabilitätsmittel in Vorschlag bringen, deren „unsehbare Wirkung“ sie unter lautem Tamtam anpreisen. Besonders um das Wohlergehen der Arbeiter sind diese Herren sehr besorgt. Heute wollen wir den Vorschlag eines in Sozialpolitik machenden Professors unter die Lupe nehmen und zusehen, was daran ist. Kurz nachdem der Reichstag die Buchthausvorlage verscharrt hatte, trat der nationalliberale Professor von der Burcht mit einem neuen Plane, „die gemeingefährlichen Streiks“ zu beseitigen, vor die Öffentlichkeit; er meinte nämlich, das Unternehmertum müsse sich dadurch gegen das „Streikfieber“ der Arbeiter sichern, daß es einen Teil des Arbeitslohnes als Kaution innehalte und im Falle eines Kontraktbruches für verfallen erkläre; um diesen Zweck noch besser zu erreichen, sei es außerdem noch wünschenswert, lange Lohnzahlungsfristen einzuführen, damit der Unternehmer stets eine ziemlich beträchtliche Summe vom Arbeitslohn seiner Arbeiter in Händen habe.

Dieser Vorschlag, der dem kapitalistisch durchseuchten Gemüthe des Herrn Professors alle Ehre macht, entbehrt allerdings des Reizes der Neuheit, denn es giebt verschiedene größere und kleinere Etablissements, in denen vierzehntägige Zahlungsperioden Mode sind und die Arbeiter einen halben oder gar einen vollen Wochenlohn als Kaution in den Händen des Unternehmers zurücklassen. Daß eine solche Einrichtung dem Unternehmer nach verschiedenen Richtungen hin von Vortheil ist, leuchtet auf den ersten Blick ein, wie aber diese Frage vom Standpunkte des Arbeiters aus zu beurtheilen ist, das soll in nachstehendem Artikel untersucht werden.

Der Arbeitslohn ist die Bezahlung, die der Arbeiter vom Unternehmer dafür erhält, daß er letzterem die Benutzung seiner Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit gestattet. In Wirklichkeit ist er keine Belohnung im wahren Sinne des Wortes, sondern nur eine Entschädigung für einen Theil der geleisteten Arbeit, da die Leistung immer größer sein muß, als die Entschädigung, weil anderenfalls der Unternehmer keinen Gewinn herausbringen würde. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeitskraft zu einer Waare degradirt worden, deren Nutznießungsrecht vom Arbeiter verkauft und vom Unternehmer gekauft wird. Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, die Arbeitskraft sei eine Waare wie jede andere und mit dem Verkauf derselben verzichte der Arbeiter auf das Verfügungsrecht über dieselbe. Dies trifft allerdings nicht mehr völlig zu, immerhin aber geht tagtäglich ein Theil der Arbeitskraft in das Eigenthum des Kapitalisten über, der das jeweilige Quantum in der Produktion konsumirt und dadurch neue Waaren erzeugt.

Stellen wir uns nun auf den kapitalistischen Rechtsstandpunkt, daß der Unternehmer die Arbeitskraft kauft, so fällt uns sofort der eigenthümliche Umstand auf, daß er sie auf Kredit kauft, indem er sie erst nach dem Gebrauche bezahlt. Die Arbeitskraft, die der Unternehmer am Montag verwendet, bezahlt er im günstigsten Falle erst am Sonnabend der betreffenden Woche; bei einem vereinbarten Wochenlohn von 24 Mk. schuldet er seinem Arbeiter am Montag Abend bereits vier Mark, am Dienstag Abend bereits acht Mark u. s. w. Am Sonnabend Abend ist die Schuld auf 24 Mark angewachsen; bei vierzehntägiger Lohnzahlung wächst die Schuld in der folgenden Woche auf 28 Mark, 32 Mark u. s. w., bis sie am Ende der Woche eine Höhe von 48 Mark erreicht hat. Der Kapitalist, der Geldbesitzer, nimmt also den Kredit des besitzlosen Proletariats in Anspruch — was unbedingt als ein ganz eigenthümliches Verhältniß bezeichnet werden muß. Was dies für einen Großkapitalisten ausmacht, kann sich Jedermann leicht ausrechnen, wenn er die Zahl der Arbeiter mit der geschuldeten Lohnsumme vervielfacht. Der Großindustrielle Krupp zum Beispiel, der mindestens 30 000 Arbeiter bei einem Durchschnittslohn von 25 Mark beschäftigt und vierzehntägige Zahlungsperioden hat, nimmt von seinen

Arbeitern jahraus jahrein einen Kredit von anderthalb Millionen Mark in Anspruch; es ist dies gerade so, als ob ihm seine Arbeiter ein Kapital in Höhe von anderthalb Millionen Mark zinsfrei zur Verfügung gestellt hätten; hätte er dies Kapital zu einem Zinsfuße von 4 Prozent aufsummen, so würde er per Jahr eine Summe von 60 000 Mark zahlen müssen, die er auf diese Weise erspart und zum Gewinn schlagen kann. Anders ausgedrückt, ist dies so, als ob er 50 Arbeiter ohne Lohn beschäftigte. Daß ein solches Verhältniß dem Unternehmer sehr angenehm ist und daß er deshalb schon aus diesem Grunde für lange Lohnzahlungsfristen schwärmt, kann man ihm von seinem Standpunkte aus nicht verdenken.

Ganz anders liegt die Sache jedoch vom Arbeiterstandpunkte aus. Zunächst ist es bekannt, daß bei einem Kauf auf Kredit der Verkäufer — also der Kreditgeber — das Risiko eines eventuellen Verlustes übernimmt; der Käufer, der die Waare empfangen hat, ist stets gesichert. So übernimmt denn thatsächlich bei der heutigen Form der Lohnzahlung die Arbeiterklasse das Risiko. Daß dieses Risiko kein leerer Wahn ist, sondern sich oftmals sehr unangenehm fühlbar macht, erfährt der Arbeiter zu seinem großen Verdruß dann, wenn sein Arbeitgeber in Folge eingetretener Verluste oder sonstiger Umstände zahlungsunfähig wird. Im Baugewerbe besonders, aber auch anderswo, kommt es nicht gar so selten vor, daß die Arbeiter um ihren sauer verdienten Lohn geprellt werden oder ihn erst mit Fängen und Würgen „aus dem Feuer holen“ müssen. Dieser schreiende Mißstand ist so bekannt, daß es vom Standpunkte einer vernünftigen Sozialpolitik aus dringend wünschenswert erscheint, für eine Sicherung des Arbeitslohnes Sorge zu tragen; es sind ja auch in dieser Hinsicht bereits Stimmen laut geworden, etwas Durchgreifendes ist aber noch nirgends geschehen. Zumal in Zeiten eines schlechten Geschäftsganges, wenn die Arbeiter ohnehin „die Leidtragenden“ sind, verdoppelt und verdreifacht sich die Gefahr, den verdienten Arbeitslohn einzubüßen. Das Einzige, was in dieser Beziehung bislang geschehen ist, ist die Erklärung des Arbeitslohnes zu einer sogenannten bevorrechteten Forderung. Bei einem Konkurs müssen nämlich die Lohnforderungen der Arbeiter resp. Angestellten zunächst aus der vorhandenen Konkursmasse gedeckt werden, ehe die anderen Gläubiger an die Reihe kommen. Wenn aber die Schulden größer sind als das Vermögen, wenn also keine Konkursmasse vorhanden ist, dann gehen die Arbeiter leer aus, denn wo nichts ist, da hat selbst der Kaiser sein Recht verloren. Die Einrichtung, daß die Arbeiter ihre Arbeitskraft erst nachträglich bezahlt bekommen, legt den Arbeitern ein Risiko auf, das umso größer ist, je länger die Lohnzahlungsfristen ausgedehnt werden. Aus diesem Grunde allein schon hat der Arbeiter ein lebhaftes Interesse an kurzen Lohnzahlungsperioden.

Aber noch ein anderer, ungleich wichtigerer Umstand spielt hierbei eine Rolle. Bekanntlich ist der Arbeitslohn für den Arbeiter nicht nur ein Einkommen, sondern auch eine Ausgabequelle, oder mit anderen Worten, der Arbeiter ist nicht nur Verkäufer seiner Arbeitskraft, sondern auch Käufer aller derjenigen Waaren, die er zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie gebraucht. Als Käufer, der die Bezahlung für seine Dienstleistungen erst nachträglich erhält, ist er gezwungen, wenn er während dieser Zeit leben will und nicht zufälliger Weise Baarmittel besitzt, den Kredit der Händler in Anspruch zu nehmen. Ein besitzloser Proletar, der am Montag in Arbeit tritt, muß mit seiner Familie bis zum Lohnzahlungstage auf Borg leben; die Folge davon ist, daß er die auf Pump entnommenen Waaren entweder theurer bezahlen, oder daß er sich mit minderwerthiger Waare begnügen muß. Bei Baarzahlung können die Waaren entschieden billiger und besser geliefert werden, als wenn Kredit gegeben wird — das weiß hutzutage jedes Kind. Ein Händler, der seine Waaren auf Borg liefert, trägt das Risiko, daß ein Theil der Waaren am festgesetzten Zahlungstermine unbezahlt bleibt; diesen Verlust will und kann er natürlich nicht selbst tragen, sondern er wälzt ihn auf die anderen Waaren ab, deren Preise er erhöht oder deren Qualität er verringert. In der That muß beim Borgsystem der Unschuldige für den Schuldigen leiden, d. h. der gute Zahler muß im Preise seiner Waaren das mit bezahlen, was die faulen Kunden dem Händler schuldig bleiben. Außerdem kann der Händler seinerseits bei

dem System der Baarzahlung, da er das Geld sofort wieder in seine Hände bekommt, die Waaren, die er gebraucht wiederum gegen Baar und darum billiger einkaufen. Diese Vortheile fallen beim Borgsystem fort; die heutige Zahlungsmethode hat also eine Vertheuerung oder Verschlechterung der Lebensmittel im Gefolge. Hierauf beruhen auch, wie häufig bemerkt, die Vortheile der Konsumvereine; andererseits aber ergibt sich hieraus, daß sie auf die völlig entblöhten Arbeiterschichten, die nicht baar bezahlen können, jegliche Wirkung verlieren.

Daß beim heutigen Lohnzahlungssystem und dem im Gefolge davon auftretenden Borgsystem die Arbeiter ihre Waaren theurer bezahlen müssen und daß dieser Nachtheil um so größer ist, je länger die Lohnzahlungsfristen, hebt Marx in seinem „Kapital“ hervor, indem er schreibt: „In vielen ländlichen Distrikten Englands wird der Arbeitslohn vierzehntägig oder selbst monatlich gezahlt. Bei diesen langen Zahlungsfristen muß der Landarbeiter seine Waare auf Kredit kaufen. Er hat höhere Preise zu zahlen und ist thatsächlich auf den Händler angewiesen, der ihm pumpt. So kostet ihm z. B. zu Horningham in Wilts, wo die Böhnung monatlich ist, dasselbe Wehl 2,04 Mt., das er anderswo mit 1,10 Mt. bezahlt. Als eine weitere Entwicklung des Kredits, den der Arbeiter dem Kapitalisten giebt, kann man die — jetzt verbotene — Methode vieler Kapitalisten betrachten, wonach der Arbeiter erst am Ende des Monats bezahlt wird und in der Zwischenzeit vom Kapitalisten Vorschüsse in Waaren erhält, die er über ihren Marktpreis bezahlen muß.“ Diese ausbeuterische, unter dem Namen „Trucksystem“ hinreichend bekannte Methode gab dem Unternehmer die Möglichkeit, seine Arbeiter nicht nur in ihrer Eigenschaft als Verkäufer auszunutzen, sondern sie auch in ihrer Eigenschaft als Käufer der nothwendigen Lebensmittel obendrein noch übers Ohr zu hauen.

Aber nicht nur theurer muß der borgende Arbeiter die nothwendigen Lebensmittel bezahlen, er muß sich auch mit minderwerthigen Qualitäten begnügen. Hierfür wollen wir ein auf amtlichen Ermittlungen beruhendes Beispiel anführen, das auch in anderer Hinsicht zu denken giebt. „In London“, so berichtet der englische Regierungskommissar J. S. Trevenhore, „existiren zwei Sorten von Bädern, solche, die das Brot zu ihrem vollen Werthe, und solche, die es unter ihrem Werthe verkaufen. Letztere Klasse bildet über 1/3 der Gesamtzahl der Bäder. Diese Leute verkaufen fast ausnahmslos Brot, das verfälscht ist durch Beimischung von Maun, Seife, Perlasche, Kalk, Steinhölzchen und ähnlichen angenehmen, nahrhaften und gesunden Zuthaten. Der Grund, warum ein so großer Theil der Arbeiterklasse, obgleich wohl unterrichtet über die Fälschungen, dennoch Maun, Steinhölzchen u. s. w. in den Kauf nimmt, liegt darin, daß es für diese Arbeiter ein Ding der Nothwendigkeit ist, von ihrem Bäcker oder Brothändler das Brot zu nehmen, wie man es ihnen zu geben beliebt. Da sie erst Ende der Woche bezahlt werden, können sie auch das von ihrer Familie während der Woche verzehrte Brot erst Ende der Woche zahlen und es ist notorisch und läßt sich durch Zeugenaussage feststellen, daß das mit solchen Mixturen bereite Brot expresse für diese Art Kunden gebacken wird.“ Sir John Gordon erklärte deshalb mit Recht, „daß in Folge dieser Fälschungen der Arme, der von zwei Pfund Brot täglich lebt, jetzt nicht den vierten Theil des Nahrungsstoffes wirklich erhält, abgesehen von den schädlichen Wirkungen auf seine Gesundheit.“

Erscheint dies vielleicht verwunderlich? Jeder Mensch weiß, daß ein Baarzahler, der sein „sicheres Geld“ auf den Ladentisch legt, gute, preiswürdige, unverfälschte Waare verlangt, da er ja überall kaufen kann, während ein Anderer, der froh ist, daß man ihm borgt, sich allerlei Schund in die Hand drücken lassen muß. Nicht umsonst nimmt die Nahrungsmittelverfälschung trotz aller polizeilichen Kontrolle, einen solch ungeheuren Umfang an.

Es ist also eine unbestreitbare Thatsache, wir wiederholen dies nochmals, daß in Folge der heutigen Lohnzahlungsmethode die Arbeiter einerseits dem Unternehmertum Kredit gewähren müssen, und dadurch Gefahr laufen, um ihren Lohn geprellt zu werden, und daß sie andererseits wieder den Kredit der Händler in Anspruch nehmen müssen und deshalb mit nicht preiswürdigen oder minderwerthigen Waaren abgespist werden. Daß hierin eine himmelschreiende Ungerechtigkeit liegt, ist sonnenklar und mit vollem

höher Leben zu erhalten, nicht um Körperlich zu werden.

Wien. Am 17. November tagte hier eine außerordentliche Versammlung. Der Kollege Fahnert führte an, daß er vom Parteivorstand aufgefordert sei, ein Mitgliederverzeichnis einzulegen. Nach Besetzung des in Frage kommenden Urteils aus dem „Proletarier“ wurde die Diskussion eröffnet. Der erste Redner führte an, daß wir nach dem § 2 des anhaltischen Vereinsgesetzes zur Einreichung der Liste nicht verpflichtet seien und bedauern sehr, daß der Kollege August Drey mit dem Urteil zufrieden gewesen ist. (Es gibt in ganz Deutschland keinen Menschen, der mit dem Urteil weniger zufrieden ist als ich. M. B.) Derselbe Redner meinte, Drey hätte es ruhig auf ein Urteil des Reichsgerichts ankommen lassen sollen. (In diesem Verwaltungsverfahren ist kein Reichsgericht zuständig. Ein neues Verfahren vor dem obersten Gericht kommt ganz von selbst. M. B.) Auch Kollege Waig kann sich mit dem Urteil nicht zufrieden geben und protestiert gegen die Einreichung der Liste. Dieser Redner bedauert den Kollegen Drey sehr, daß er die Zustellen als selbständige Vereine bezeichnet hat. (Auch das trifft daneben, denn nicht ich, sondern der Anwalt, dem die Sache anvertraut war, hat sich das geleistet. Ich erhielt erst durch das Urteil Kenntnis davon. Von dem Gericht eingesandten Schriftsatz habe ich von dem Anwalt nicht erhalten, sonst wäre die Sache nicht durchgegangen. M. B.) Kollege Fahnert schließt sich den Vorrednern an, meint aber, durch die Anmeldung könne auch weiter nichts passieren. Wenn eine Verurteilung doch möglich sein sollte, dann ist es richtiger, das Geld anstatt für Prozesskosten, für wichtigeren Dinge auszugeben. In der Abstimmung erklärten sich 33 Stimmen gegen die Einreichung der Liste, nur 1 Stimme dafür. Zum Schluß führte Kollege Fahnert an, daß in der Versammlung am 8. Dezember Genosse Swienty, Halle, einen Vortrag halten wird.

Wien. Am 1. Dezember tagte hier eine öffentliche Fabrikarbeiterversammlung, in der Genosse Quint-Franz über das Thema: Was muß jeder Fabrikarbeiter wissen? sprach. Der Referent gab eine kurze Erläuterung zur Stammesgeschichte des Kapitalismus und der Großindustrie und schilderte dann die Verhältnisse auf den Fabrikanlagen; jeder denkende Arbeiter habe die Pflicht zur Befreiung dieser Verhältnisse, vor allem der Arbeiterkinder; und der Arbeiter in Alberts Dingerfabrik und Duderhoffs Zementfabrik, sein Scherstein beizutragen. Jeder Fabrikarbeiter müsse wissen, daß er vereinzelt ein willkürliches Werkzeug in der Hand des Unternehmers sei und daß es nur der feste, innige Zusammenschluß aller Fabrikarbeiter möglich mache, ihre Lage zu verbessern. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung spendete dem Vortrage Beifall; in der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern der Wunsch ausgesprochen, mindestens alle 4 Wochen eine derartige Versammlung zu veranstalten, um endlich einmal die indifferente Masse aufzuklären. Von den Tausenden von Fabrikarbeitern am hiesigen Plage gehörten noch nicht einmal 100 Mann dem Verbands an.

Wien. Sonntag, den 2. Dezember, tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale zum Birttemberger Hof. Es ließen sich drei Kollegen als Mitglieder aufnehmen. Dann wurde die Art unserer Tätigkeit, die wir zu Weihnachten veranstalten wollen, verhandelt. Als Delegierter zum Kartell wurde Kollege Aug gewählt. Dann leitete Kollege Bidel in einer langen Rede den Bericht und den Nutzen der Organisation auseinander.

Wien. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 29. November, Abends 9 Uhr, bei O. Schmelzer, Wandbefeher-Gaube. Genosse A. Senf-Ailwa hielt einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Darwin'sche Theorie. Kollege Wötter wünscht noch weitere Ausführungen über dieses Thema zu hören, womit sich die Anwesenden einverstanden erklärten, und sollen dieselben in der Januar-Versammlung zum Vortrag gelangen. Zu dem aus Schwaben herübergehenden Beisitzer wurden 17 Personen in den Bestandsrat gewählt und die zu treffenden Anstalten derselben überlassen. Kollege Klinger macht darauf aufmerksam, daß diejenigen, die noch keinen Nachtrag zum Statut erhalten haben, sich denselben vom Hilfskassier fordern sollen. Ein Antrag des Kollegen Lang, die Mitglieder-Versammlungen um 1/9 Uhr statt um 9 Uhr beginnen zu lassen, wurde abgelehnt.

Wien. Sonnabend, den 25. November, nahm unsere Versammlung einen Vortrag entgegen. Der Vortragende bewies, daß nur durch Eingetrigkeit die Bewirkung unserer Bestrebungen und die Wahrung unserer Rechte möglich sei. Darauf wurde die Lohnfrage erörtert. Die Versammlung war der Anschauung, daß die Forderungen eines Stundenlohnes von 27 Pf. und 10stündiger Arbeitszeit angemessene und gerechte Forderungen seien.

St. Georg. Am 27. November tagte im „Marlenhof“ eine glänzend besuchte öffentliche Versammlung, in der Kollegin Fieg über das Thema referierte: „Siehe Deinen Nächsten wie Dich selbst, und wie handelt das Bürgerlichsmitglied J. J. B. Peters nach diesem Grundsatz?“ Anlaß zu dieser Versammlung gab ein Auspruch des Spritfabrikanten und Bürgerlichsmitgliedes Peters, in einer kürzlich stattgefundenen Bürgerlichs-Sitzung, worin derselbe behauptete, als er 1850 das Geschäft von seinem Vater übernommen, habe er 90 Pf. pro Tag seinen Arbeitern bezahlt, während er jetzt 4, 5 und mehr Mark pro Kopf seinen Arbeitern an Tagelohn verPaidete. Dagegen ließen die Lohngehälter seiner alten Arbeiter, daß sie 2,70 Mk. bis höchstens 3,50 Mk. täglich verdienen. Nachdem Kollegin Fieg an der Hand von Beispielen gezeigt, wie seit jeder sowohl die jeweilig herrschende Klasse, als auch die Verkäufer des Christentums recht wenig nach diesem Grundsatz, der das Thema des Vortrages bildete, gehandelt, wie sie vielmehr eifrig bemüht gewesen, alle Sorten der Kulturmittelung für sich zu akkupieren, der arbeitenden Klasse dahingegen die Lasten aufzubürden, ging sie dazu über, zu zeigen, wie heute mehr denn je nach derselben Praxis gehandelt werden, und wenn die Arbeiter sich hiergegen wehren wollen und den einzig möglichen Weg, der ihnen offen steht, die Macht der Organisation in Anwendung bringen, da die Herren von „Goldkammern“ sich der Hilfe der Polizeibehörde, Militärbehörde und wie wir wieder häufig erfahren, der Hilfe der Reichsregierung verschern — dieselbe erkaufen —, um den Arbeitern auch diesen Weg der Selbsthilfe zu verschperren. Dabei prunkten die Herren der Öffentlichkeit gegenüber mit ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“, wie es häufig ja auch erst wieder der Herr B. getan. Als derselbe von einem täglichen Lohn von 5 Mark und darüber in der Bürgerlichs-Sitzung geredet, habe er jedesfalls die Worte mit dem Tag verwechselt. Die jugendlichen Arbeiter, die beim Werk beschäftigt, erhielten tatsächlich 5 Mark und einige Bidel die Woche. Aber selbst, wenn die Behauptung des Herrn B. der Wahrheit entspräche (die Lohngehälter beweisen ja das Gegenteil), sei die „Selbsthilfe“ — seit 60 Jahren!!! — wohl notwendig notwendig, tatsächlich jedoch kaum so zu nennen. Rednerin zeigte an der Hand von Beispielen, wie außerordentlich der Schwere der Probe, die Probe im Preisfestsetzung und wie für uns Hamburger noch die enorme Preissteigerung durch den Beschlus der hinzugekommen. Ganz abgesehen davon, daß in fünfzig Jahren doch auch die Bedürfnisse der Menschen sich gesteigert hätten. Aber ungefähr die Hälfte von dem, was er behauptet, zahlte der Herr B. ja nur und wenn die Arbeiter um Aufhebung nachsuchten, erhielten sie nicht selten zur Antwort: „Sie bekommen ja doch auch eine Pulle Schnaps, die ihre 30 Pf. werth ist!“ Wenn der Herr B. sich auf den Werth des Schnaps berufe und den als Lohn mit in Anrechnung ge-

bracht wissen wolle, sei das die Einführung des Traktats durch eine Hintertür, was nicht scharf genug zu verurteilen sei. Nachdem Rednerin das ganze Gehahren des Herrn B. — nachweisen würden gratis vertheilt — sowie die familiären Einwirkungen scharf kritisiert, schloß sie mit einer eindringlichen Mahnung an die Anwesenden, sich zu organisieren, um verheiß auch hier endlich einmal Wandel zu schaffen. Folgendes die Peters'schen Arbeiter diesem Rufe, während dieselben nicht nur mit dem Herrn B. in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber fertig werden, sondern die Hamburger Arbeiterkraft hoffentlich recht bald auch mit ihr in seiner Eigenschaft als Bürgerlichsmitglied. Kollege Haase, ein früherer Arbeiter des Herrn B., schilderte in drastischer Weise die Behandlung, die Einrichtungen des Betriebes, sowie die Klassenlöhne, dafür reichen Beifall erntend. 22 neue Mitglieder wurden unserem Verbands beigeführt, 1 dem Holzarbeiterverbande und 8 der politischen Organisation. Jedenfalls wird aber die Versammlung noch nachwirken, denn Rander getraute sich nicht zur Aufnahme zu melden wegen des anwesenden Komptoirpersonals des Herrn B. Immerhin brachte uns dieselbe wieder einen Schritt vorwärts.

In Halle und Umgebung tagten von Sonnabend, den 1., bis Donnerstag, den 6. Dezember, heftig öffentliche Versammlungen, in welchen für unsere Organisation Propaganda gemacht werden sollte. Trotzdem die Kollegen keine Mittel anverwandt gelassen hatten, die Kollegen für die Versammlungen zu interessieren, ließ in den meisten der Besuche zu wünschen übrig. Die Referate hatte Kollege Aug. Drey aus Hannover übernommen. Sie lauteten: „Die Wirtschaftskrisse und welche Pflichten legt sie den Arbeiterinnen und Arbeitern auf?“ „Die Stellung der ungelerten Arbeiter in der Gesellschaft.“ „Die Zentralkation des Kapitals und die Arbeiterinstitute und ihre Arbeiter.“ Den Verhältnissen entsprechend wiesen die Versammlungen in Lettin und Merseburg den besten Besuch auf. Im Verhältniß zum Besuch stand auch die Zahl der gewonnenen Mitglieder. Sie konnte größer sein. In Siebichenstein wurde die Versammlung aufgelöst. Der Grund wurde nicht angegeben, und werden wir diesen erst bei dem zu bestretenden Beschwörung kennen lernen. Der übermüdete Beamte ließ die Bureauwahl vornehmen, eine halbständige Pause vornehmen, um dann nach Wiederanfnahme der Verhandlungen in demselben Moment anzulösen, als Kollege Drey das Wort zu seinem Vortrag erhielt. Die Auflösung ist allen Versammlungsbesuchern ein Räthsel. Die letzte Versammlung sollte am 6. Dezember in Halle sein, jedoch konnte Kollege Drey dieselbe nicht mehr abhalten, weil die Nachtritte von dem unerwarteten Verschleiben seines Lächterens entraf. Dasselbe hatte er gesund und munter verlassen, nicht ahnend, daß er es als Leiche wiedersehen sollte. An dieser Stelle seien die Kollegen wegen der plötzlichen Abreise um Entschuldigung gebeten.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 15. Novbr., welche im „Ammonia-Gesellschaftshaus“, Hohe Bleichen, stattfand, hielt Genosse Bürger einen Vortrag über: „Der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation und die Ereignisse der jüngsten Zeit.“ Indem er zum Schluß die berühmte 12000-Mark-Geschichte einer lebhaften Kritik unterzog. Keiner Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Kollege Ahrens ermahnte die vom Militär entlassenen neu eintretenden Mitglieder, die Disziplin, die sie beim Militär gelernt hätten, jetzt ebenfalls und doppelt zu bewahren zum Nutzen des Verbandes! Bahle steckte den Antrag, dem Hauptvorstand 50 Mark aus der Lotterielasse zu bewilligen; der Antrag wurde debattelos angenommen. Kollege Stadmann beantragte, den Bremer Dänenarbeitern, welche sich augenblicklich im Auslande befinden, eine bestimmte Summe zu senden. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Motiourung, daß sie sich ja noch garnicht an uns gewandt hätten und auf eine einfache Brieflichmachung im „Hamburger Echo“, daß hier und dort sich welche im Strahl befinden, könne doch nicht gleich alsbald ein Geld hingeführt werden. Kollege Bäder verlas auch ein Antwortschreiben der Zeitung des hiesigen „Deutschen Schauspielhaus“, in dem diese mittheilte, daß eine Besichtigung während des Spieljahres unthunlich sei. Es wurde uns angeingestellt, unser Ersuchen in der Zeit vom 15. Juni bis 15. August nächster Jahres zu wiederholen. Kollege Ahrens machte noch die anwesenden weiblichen Mitglieder auf das vom Verein „Frauenwohl“ in St. Georg, Norderstraße 67, ins Leben gerufene „Arbeiterinnenheim“ aufmerksam, in welchem den jungen Mädchen und auch Frauen Gelegenheit gegeben wird, ihre Abende im gemütlichen Beisammensein in warmen, freundlich eingerichteten Räumen zuzubringen, anstatt wie es oft vorkommt, den Abend allein in ihren kalten und ungeheizten Zimmern zu verweilen. Ferner ist ihnen Gelegenheit gegeben, für verhältnismäßig wenig Geld ein gesundes und kräftiges Mittagessen zu erhalten. Ebenfalls liegt jeder Besucherin Material zum Ausbessern der Kleidung, ferner Schreibzeug, Bibliothek sowie verschiedene Zeitungen ohne Unterchied der Partei (der „Proletarier“ selbstverständlich auch) zur Verfügung.

Cameln a. S. Am 5. November tagte hier im Lokale des Herrn Ahrens eine öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in der Genosse Holzapfel aus Osterode über verschiedene Werthurtheile und Ausbestungen der menschlichen Arbeitskraft sprach. Seine sehr verständlichen Ausführungen fanden bei der leider nur schwach besuchten Versammlung reichen Beifall. Wenn man so die Versammlung betrachtet, so sollte man meinen, hier in der alten, sehr beliebten Stadt Cameln lebten die Arbeiter und Arbeiterinnen als Millionäre. Betrachten wir uns die Arbeitslöhne und die Arbeitszeit der beiden großen Werkstätten, hier müssen die Arbeiter von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr mit 2 Zentner schweren Säcken arbeiten und erhalten für 100 Sack vom Schiffe bis in die Bahn 2 Mk. Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß große Pausen dadurch entstehen, daß die Schiffe verlegt oder die Wagen rangirt werden, so läßt sich denken, wie da gearbeitet werden muß, damit der Tagesverdienst erreicht wird; auch die in Lohn arbeitenden Personen sind nicht auf Kosten gestellt, sie erhalten bei 11stündiger Arbeitszeit 2,25 bis 2,40 Mk. Hier kommt es aber auch vor, daß im Winter nur halbe Schichten gearbeitet werden und zwar von 8 1/2 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags. Eine lange halbe Schicht. Doch nicht in den Mühlen allein sind schlechte Löhne und eine lange Arbeitszeit, sondern in den Spinnereien, Webereien und Gemischtfabriken werden ebenso schlechte Löhne an Arbeiter und Arbeiterinnen bezahlt. Seh man sich einmal die Arbeiterinnen an, wie kränzlich sie aussehen, und woher kommt dieses nur? Wie sind zum erst die Verhältnisse im Winter, wo wochenlang kein Feuer verdient wird! Da ist und muß doch die Koch in den Familien groß sein und trotzdem halten es die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht für nothwendig, sich unserem Verbands anzuschließen und die Kollegen halten es nicht der Mühe werth, zur Versammlung zu kommen. Alles muß besser werden. Kollegen, das Arbeitsfeld ist gar hart geworden, da ist es nicht möglich, daß die Arbeit einzelne Kollegen machen, hier muß jeder Kollege Hand anlegen, damit die Zahlstelle kampffähig wird. Ein Jeder muß ein Streiter werden, damit unsere Reihen enger werden. „Denn vereint sind wir Alles, aber unvereinigt sind wir Nichts.“ Darum auf zur regen Agitation unter Euren Arbeitskollegen.

Carburg. Mittwoch, den 5. Dezember, tagte im Blankenburgischen Lokale eine öffentliche Versammlung, welche von weit über 1000 Personen besucht war, darunter fast zwei Drittel Arbeiter und Arbeiterinnen von der Jute-Spinnerei und Weberei. Genosse Baerer sprach über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Jutefabrik. Er schilderte recht drastisch die

Veranlassung der Arbeiter und Arbeiterinnen durch das Arbeiterwesen, die niedrigen Löhne und die schlechte Behandlung, welche die Arbeiterinnen von manchem Vorgesetzten zu erdulden haben. Die Rede wurde mehrfach von stürmischen Beifall unterbrochen. Hieraus sprach Genosse Mariens über den Anschlag auf der Jutefabrik, betreffend die Außerkräftigung der §§ 615 und 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Redner schilderte in kurzen Worten das, was die Arbeiter auf Grund dieser Paragraphen zu fordern haben und bezeichnete die Befreiung solcher Rechte als einen Verstoß gegen die guten Sitten. Hieraus wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige, von etwa 900 Personen besuchte Versammlung, zu zwei Dritteln bestehend aus Arbeitern und Arbeiterinnen der Jutefabrik, protestirt gegen die Außerkräftigung der §§ 615 und 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Sie erklärt in dem Anschlag der Jutefabrik einen schweren Verstoß gegen die guten Sitten und weist deshalb die Handlungswelt der Direktion mit Entrüstung zurück. Die Anwesenden verpflichten sich, stets für die Bergünstigung der §§ 615 und 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches einzutreten. Um dieses zu erreichen, verpflichtet die Versammlung, mit aller Macht für die Stärkung der Organisation zu wirken.“

Carburg. Die Bormöhler Portland-Zementfabrik Bland u. Co. stellt mit dem 1. Januar l. J. in ihrem hiesigen Etas-Blickem den Betrieb ein, da sämtliche dem Nordweste Mitteldeutschen Syndikat angehörende Zementfabriken der Ueberproduktion wegen fortan ihre Produktion auf die Hälfte einschränken müssen. Die Fabrikation der genannten Firma liegt hier insofern unangünstig, als ein Theil der Rohmaterialien nicht in unmittelbarer Nähe der Fabrik, wie dies für einen vortheilhaftesten Betrieb Bedingung ist, gewonnen werden kann, sondern von auswärts bezogen werden muß. Die Fabrik macht insofern bei der Betriebs Einstellung noch ein Geschäft, als sie dann ihren zweiten Betrieb in Bormöhle, wo die Betriebskosten erheblich billiger sind, aufrecht erhalten kann. In Bormöhle sind nicht nur die Arbeitslöhne erheblich niedriger, dort hat man auch das Rohmaterial am Plage. Was mit den hiesigen Arbeitern wird, was kümmert das das Unternehmertum! (Trotz der unangünstigen Fabrikation) hat die Bormöhler Portland-Zementfabrik für das Jahr 1899 achtzehn Prozent Dividende bezahlt für das laufende Jahr wird nach der kursirenden Schätzung voransichtlich die gleiche Dividende wie für 1899, nämlich 18 Prozent erwartet. Wie viel Prozent wird nun die gänzlich Fabrikation abschmeißen? (D. R.)

Kassel. Freitag, den 30. November, fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller nichtgelerten Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem „Gartenhof“ statt. Frau Tröger aus Offenbach referirte über das Thema: „Die Organisation und der Kampf ums Dasein.“ Rednerin führte an der Hand statistischen Materials den Aufwachen die wirtschaftliche Lage der nichtgelerten Arbeiter und Arbeiterinnen vor Augen. Die Genossen Trille und Brinkmann beteiligten sich im Sinne der Referentin an der Diskussion. Nach Aufnahme einiger Mitglieder fand die imposante Versammlung ihren Schluß.

Lehmitz. Ueber Zweck und Nutzen der Organisation sprach am 18. November Kollege Libert-Potsdam in unserer Versammlung. Sein beifällig aufgenommenen Vortrag fand durch die Kollegen Bernau und Kiesel Unterstützung. In Preign soll eine Agitation zur Gründung einer Zahlstelle ausgethät werden. Dann kamen die Beschlusmitglieder und Revisoren in Vorschlag. In der Versammlung, die im Monat Dezember tagt, soll eine Besprechung der Lohnverhältnisse gemeinsam mit den Güter Kollegen abgehalten werden. An dieser Stelle fordern wir die Kollegen, welche Beitragsschuldigkeiten haben, auf, diese bis zum Jahreschluß zu begleichen.

Hammburg. Nach langer Zeit war uns am 20. November die Abhaltung einer Versammlung wieder einmal möglich. Von unseren 17 Mitgliedern waren 10 erschienen. Der zweite Beschlusmitglied legte die Abschaffung vom 2. Quartal vor. Der zweite Beschlusmitglied wollte sein Amt niederlegen, der einstimmige Wunsch der Anwesenden bestimmte ihn aber, sein Vorhaben nicht auszuführen, sondern weiter zu amtieren. Darauf kamen zwei Revisoren in Vorschlag. Dann wurden die Statuten erläutert und zum Schluß die Abhaltung eines Unterhaltungsabends beschlossen.

Offenbach. Montag, den 19. November, hielt unsere Zahlstelle ihre erste Versammlung im neuverbauten Gewerkschaftshaus ab. Genosse Dunt aus Frankfurt hielt einen Vortrag über: Die Krise in der Industrie und ihre Folgen. Redner führte ungefähr folgendes aus: In vielen Versammlungen und bei manchem Arbeiterfest könne man das stolze Wort hören: Wollen der Arbeit, aufgewacht und erlerne Deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will. Dieser Anspruch solle bedeuten, daß eine strenge Organisation es in der Hand habe, die Erzeugnisse der Güter zu regeln. Leider sei man noch weit davon entfernt, daß diese Worte Wirklichkeit würden. Für die Krise treffe jedoch das Wort immer zu, daß die Räder stille ständen. (D. R.) Schon früher hat man diese Krisen beobachtet, dieselben wurden hervorgerufen durch einseitige Produktion, Hinausstreben der Preise, ferner durch Kriege, Wägenarten u. s. w. Heute sind die Krisen die ständigen Begleiterdennungen der kapitalistischen Produktionsweise. Nach einer Periode des ständigen Aufschwunges erfolgt regelmäßig nach ein paar Jahren ein allgemeiner Niedergang der Gesellschaft. Das beste Beispiel hat man in der Zeit nach 1870 gehabt. Nach dieser Periode beispiellosen Aufschwunges erfolgte im Jahre 1873, anfangend mit dem großen ökonomischen Crash, der allgemeine Zusammenbruch, Laufende von Krisen und mit sich ziehend. Diese Unruhezeit basirt auf der ungelerten Organisation der heutigen Gesellschaft. Welche Folgen diese Krisen für das ganze wirtschaftliche Leben eines Volkes haben, zeigt die Statistik eines Schriftstellers aus Baden aus der Krise vom Jahre 1875—1878. So lohnte beispielsweise 1 Pfund Butter 1875 2,03 Mk. und stieg auf 2,04 Mk.; Kleinfleisch 1875 1 Mk., 1878 1,32 Mk. Zur selben Zeit sanken die Löhne der Tagelöhner von 1,64 Mk. (1875) auf 1,49 Mk. (1878), die der Arbeiterinnen von 1 Mk. (1875) auf 0,90 Mk. (1878). Spareinlagen wurden gemacht im Jahre 1878 71 Prozent weniger als 1875. Die Anwarts liegen von 626 auf 1324. Selbstmorde hatten wir im Jahre 1875 4800. Diese liegen auf 6100 im Jahre 1878. Auch die Gerichte hatten einen geschworen Prozentjah von Strafen abzurtheilen. Die polizeilichen Bestrafungen liegen während der Krisenjahre um 40 Prozent, sittenpolizeiliche um 125 Prozent (von 1996—1486), die Jugendstrafen um 30 Prozent. (Erweits, daß mit zunehmendem Elend auch Verbrechen zunehmen.) Die nächste Aufgabe der Gewerkschaften bei einer Krise sei es, ihre Agitation zu verdoppeln.

W. O. O. Am 31. November 1900 tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Politik und Gewerkschaft. Dazu erhielt Genosse Bog das Wort. Er führte aus die Entwicklung der Arbeiterbewegung Schritt für Schritt vor Augen und auch die Kampfesweise der Arbeitgeber gegen die Arbeiterorganisationen. Obwohl die Arbeitgeber es versuchen, die Arbeiterbewegung zu hemmen, ist es ihnen doch nicht möglich, ihr Vormarschstreben zu hindern. Der Redner führte auch an, daß der organisierte Arbeiter wohl berechtigt ist, Politik zu treiben (Aber nicht in den Versammlungen der Organisation. D. Red.), denn die Zustände trüben ihn dazu. Jeder Ausgebildete müsse seine Lage zu verbessern suchen. Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe in 1 1/2stündiger Rede zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. In der Diskussion führte Kollege Rode-Wagdeburg an, wie man die Zahlstellen weiter ausbauen könne. Er hält die Hausagitation für die

